Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 53

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ueli Mäder

Die Soziologie stellt sich dem Thema „Krieg"

Kongressbericht

Die Geschichte lässt sich auch als eine Abfolge von Kriegen lesen. Kriege haben viele Facetten, nationalistische, ideologische, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, ökologische. Kriege haben auch etwas mit der Knappheit und der Privatisierung wichtiger Ressourcen zu tun - mit dem Kampf ums Öl und dem Kampf ums Wasser. Zu den Ursachen von Kriegen gehört auch die heroisierte Männlichkeit, zu den Folgen von Kriegen die Migration. Kriege lassen sich auf kein politisches Kalkül reduzieren. Sie sind ein „totales soziales Phänomen" (Marcel Mauss).

Die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (SGS) organisierte vom 12. – 14. September 2007 an der Universität Basel ihren internationalen Jahreskongress zum Thema „Krieg". Über vierhundert zum Teil diskussionsfreudige KongressteilnehmerInnen kamen zu den hundert Vorträgen über Konfliktherde und Kriegsursachen am Anfang des 21. Jahrhunderts. Dabei interessierte u.a. die Frage, ob sich bei den neuen Kriegen (Bürger- und Umweltkriege, Staatszerfall, Terror) ähnliche Erklärungsmuster feststellen lassen. Ich greife hier nur drei Aspekte auf, die auch für die Sicherheitspolitik relevant sind: erstens die sozialwissenschaftliche Tradition der Kriegsforschung, zweitens die Bedeutung der Medien und drittens die Perspektive der Konfliktforschung.

„Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Krieg." Christoph Maeder, Präsident der SGS, erinnerte bei der Eröffnung des Kongresses an diesen altbekannten Ausspruch, der sich während des kalten Krieges zu bewahrheiten schien. Aufrüstung und Abschreckung kennzeichneten das Verhalten der zivilisierten Blöcke. Regional begrenzte Kriege hinterliessen aber auch in dieser Zeit viel Verheerung, Elend und Tote. Die blutige Spur führte von Vietnam und den südamerikanischen „low intensity conflicts" über die Bürgerkriege in Nordirland und im Baskenland bis zu den militärisch geführten Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Ethnisch begründete Vertreibungen und Hegemonieansprüche im Balkan führten zum Kriegsausbruch auch im Südosten Europas. Diese unerwarteten Ereignisse in nächster Nähe erschütterten die Gewissheit, dass die Welt friedlicher wird. Und mit dem weltweiten Terrorismus ist nach 9/11 ein neuer Feind aufgetaucht, der auch der medial omnipräsenten Militärmaschinerie das alte Feindbild des Kalten Krieges ersetzt hat und erneut unversöhnliche ideologische Fronten herstellt.

Der Krieg gilt laut Kurt Imhof, Vizepräsident der SGS, als Vater der Sozialwissenschaften. Thomas Hobbes fragte bereits im 17. Jahrhundert, was eine friedliche soziale Ordnung angesichts egoistisch handelnder Naturrechtssub-

jekte und religiös erweckter Glaubenskämpfer möglich macht. Diese Grundfragen der Sozialwissenschaften beschäftigten ihn aufgrund der Grausamkeiten religiöser Bürgerkriege. Die Kriegstreibenden wollten das Beste und brachten das Schlimmste hervor. Der Mensch erwies sich als das, was er wirklich sei: homo homini lupus. Hobbes postulierte deshalb den „Leviathan" als Herrscher und legitimierte so den Absolutismus. Die religiösen Überzeugungen sind Sache des privaten Gewissens. Der Krieg um Werte hat in den letzten Jahren wieder Auftrieb erhalten. Der Bürgerkrieg ist manchenorts im Gange, obwohl man ihn in der Forschung schon für Geschichte hielt. Und mit dem Bürgerkrieg zieht auch der Leviathan in die Moderne ein: Die friedenserzwingenden Interventionen von westlichen Zentrumsländern beabsichtigen zwar den Konflikt zu lösen, aber zugleich reproduzieren sie ihn. Sie bekämpfen die sogenannte Achse des Bösen und befördern den Krieg in Somalia, Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten.

Der Krieg gegen den Terrorismus wird inzwischen weltweit geführt. Und dieser bestimmt immer stärker die Sicherheitspolitik der Nationalstaaten und untergräbt die rechtlichen und zivilen Grundlagen der Moderne. Fragen des Glaubens und Sinnentwürfe gelten als Privatangelegenheiten. Sie sind aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Krieg beginnt nach dieser Überzeugung dann, wenn gemeinschaftlich verbundene Individuen die Gesellschaft ausschliesslich in ihrem Sinne (usurpatorisch) umgestalten wollen. Das führt zu ethnischer Säuberung, zu Vertreibung und auch zum Genozid. Der Mechanismus des Bürgerkriegs ist am Anfang des 21. Jahrhunderts so modern wie zu Beginn des 17. Jahrhunderts.

Das fordert die Soziologie heraus. Sie muss sich den Tatsachen des Kriegs und den dunklen Seiten der sozialen Ordnung stellen, was am Basler Kongress anhand konkreter Fallstudien aus geschichts- und sozialwissenschaftlicher Sicht versucht wurde. Der Historiker Bernard Degen wagte einen Blick auf die Schweiz. Sein Vortrag „Die totale Verteidigungsgesellschaft" zählte zu den Höhepunkten des Kongresses. Um die militärische Denkweise in der Schweiz zu stärken, entstand Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre die sogenannte „Konzeption der Gesamtverteidigung". Die Vorstellungen zur Landesverteidigung blieben tief dem Denken verhaftet, das während des Zweiten Weltkriegs vorherrschte. Auf diesem Hintergrund reagierte die Gesamtverteidigung auf „kommunistische Gefahr" und auf soziale Utopien einer besseren Gesellschaft. Erst Ende 1998 hob der Bundesrat die Zentralstelle für Gesamtverteidigung auf (vgl. Degens Beitrag in diesem Heft).

Mit Medien und Krieg befassten sich am Kongress mehrere Vorträge sowie eine Podiumsdiskussion, an der sich, vom Nahostspezialisten Erich Gysling geleitet, auch Jörg Becker vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg beteiligte. Becker ist mit Mira Beham zusammen Autor der brisanten Studie „Operation Balkan"[1], welche die Frankfurter Allgemeine Zeitung[2] als Beleg dafür würdigt, wie „gekaufte Propaganda" zum Tragen kommen kann. So waren die klaren Parteinahmen der meinungsführenden Medien während der Balkankriege der neunziger Jahre im damaligen Westeuropa von entscheidender Bedeutung. Häufige Vergleiche der serbische Kriegsführung mit den nationalsozialistischen Verbrechen deuten darauf hin. Sie erhöhten vor allem in Deutschland die Akzptanz des Nato-Einsatzes auf dem Balkan.

Bereits zu Beginn der Kämpfe in Bosnien-Hercegovina (1992) brachte die amerikanische Werbeagentur Ruder Finn (im Auftrag des unabhängig gewordenen Kroatien und der seinerzeit noch nicht autonomen Republik Kosova) die Fotos aus Gefangenenlagern in Bosnien in Zusammenhang mit deutschen Konzentrationslagern. Ruder Finn gelang es, jüdische Organisationen für die bosnische Seite zu gewinnen. „In der öffentlichen Meinung konnten wir auf einen Schlag die Serben mit den Nazis gleichsetzen", stellte Agenturchef James Harff 1993 fest. Die emotionale Aufladung veränderte die Sprachregelung in den Medien. Zwischen 1991 und 1993 erhielt Ruder Finn von Kroatien über 200'000 Dollar Honorar. Becker zeigte am Beispiel der westlichen Medienberichterstattung über die Balkankriege der neunziger Jahre, dass viele Medien ihre Aufgabe vernachlässigten, unabhängig zu berichten. Dazu tragen laut Becker auch zu Helden verklärte Nichtregierungsorganisationen bei, die ihre ideologischen Vorstellungen als volonté générale kaschieren. Becker plädiert für eine Pflicht, politische Propagandaaufträge offenzulegen.

Am Kongress wirkte auch Johan Galtung mit. Der norwegische Konfliktforscher bezeichnete die Medien als „vielleicht unser mächtigstes Hilfsmittel, um zukünftige Konflikte zu lösen und Kriege zu vermeiden". Galtung fordert einen „Friedensjournalismus", der sich dem Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus widersetzt. Journalisten können laut Galtung Frieden schaffen. Entscheidend ist, wie über Konflikte berichtet wird. Galtung, der auch Träger des alternativen Friedensnobelpreises ist, kritisierte Kriegsreporter dafür, sich vornehmlich für technologische Aspekte und dafür zu interessieren, „ob die Truppen gut in Form sind und ob es Sturm gibt oder Sonnenschein". Reportagen über den Krieg ähneln laut Galtung jenen über ein Fußballspiel. Die Berichte reduzieren Konflikte auf Parteien, die ihre Kräfte messen. Es geht um Sieg oder Niederlage. Hintergrundanalysen kommen zu kurz. Kriege erscheinen als natürliches Schicksal. Der Friedensjournalismus fragt indes, was den Konflikt verursacht und was hilfreich sein könnte. Der Friedensjournalismus spürt jenen nach, die, wie Waffenhändler, im Hintergrund handeln und vom Krieg profitieren. Der Friedensjournalismus kümmert sich um die Opfer des Krieges. Er zeigt, wer wie betroffen ist und skizziert auch alternative Szenarien.

Der SGS-Kongress an der Universität Basel war auch innovativ: Mit dem brandaktuellen Thema „Krieg" drängt die Soziologie in einen Forschungsbereich, der traditionsgemäss stark politologisch besetzt ist, aber in Zukunft interdisziplinäre Zugänge erfordert. Die kritisch und verstehend ausgerichtete Soziologie trägt dazu bei, über institutionelle Analysen hinaus die Prozesse der Machtkonzentration mehr zu beleuchten und Ursachen zu erforschen. Ältere Ansätze der Konfliktforschung, wie sie etwa Johan Galtung[3] oder Dieter Senghaas[4] vertreten, betonen strukturelle Ursachen der Konflikte. Neuere Ansätze konzentrieren sich mehr darauf, Konfliktdynamiken zu dekonstruieren. Sabine Fischer und Astrid Sahm[5] beschreiben Veränderungen der normativen Grundlagen der Konfliktforschung. Ihrer Ansicht nach tritt die Existenz normativer Grundlagen bei der jüngeren, systemtheoretisch orientierten Generation weniger hervor als bei der älteren Generation der Kritischen Friedensforschung. Während die ältere Generation vor allem für eine inhaltliche Ausgestaltung des Friedens

eintritt, richten die jüngeren Generationen ihre Aufmerksamkeit „von diesem utopischen Ziel weg" auf pragmatische Aspekte der Konflikte und der Konfliktlösungen. Sie entfernen sich dabei von einem Friedensbegriff, der sich durch Abwesenheit von (struktureller) Gewalt und eine „normativ aufgeladene Verteilungsgerechtigkeit" definiert.

Zur Begründung dient ein radikal konstruktivistischer Ansatz, der den Relativismus stark betont. Während die Kritische Friedensforschung konkrete Wege der Veränderung aufzeigen will, zielt der radikal konstruktivistische Ansatz darauf ab, Akteure zu befähigen, sich aufgrund der Einsicht in die Bedingtheit der eigenen und fremden Wahrnehmungssysteme von festgefahrenen Positionen zu lösen und kompromissfähig zu werden. Die Kritik an der Kritischen Konfliktforschung versucht, die „normativ aufgeladenen" Begriffe zu dekonstruieren und „von emanzipatorischen Inhalten zu befreien". Sie interessiert sich mehr für die Dynamik der Konflikte denn für die Ursachenforschung.

Es gibt Strömungen der neuen Konfliktforschung, die sich politisch abstinent verhalten und sich Bewertungen möglichst enthalten. Sie fokussieren die personale und situative Konfliktdynamik. Damit gerät auch das soziale Engagement aus dem Blick, das laut Pierre Bourdieu[6] kein Widerspruch zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur „reflexartigen Reflexivität" sein muss. Das Besondere eines Standpunktes besteht darin, einen bestimmten Standpunkt in Relation und im Vergleich zu einem anderen Standpunkt ausweisen und begründen zu können. Er erlaubt den Forschenden, den eigenen sozialen und intellektuellen Standpunkt im Forschungsfeld kritisch zu überprüfen. Ein sozial-reflexiver Konstruktivismus berücksichtigt diese Prägung, ohne sich damit radikal-konstruktivistisch von der Praxis zu verabschieden. Die Verknüpfung von Theorie und Praxis war auch ein Anliegen des SGS-Kongresses.

Ausgewählte Beiträge werden in einem Kongressband[7] und in der Zeitschrift für Soziologie herauskommen.[8] Am Institut für Soziologie der Universität Basel ist zudem ein Zentrum für Konfliktanalysen entstanden, das Forschung und Lehre miteinander verbindet. Ein Modul „Konflikt und Kooperation" besteht bereits im soziologischen Bachelor- und Masterstudiengang der Universität Basel. Ferner bietet das Institut für Soziologie einen Nachdiplomstudiengang in Konfliktanalysen und Konfliktbewältigung[9] an.

Anmerkungen

1 Becker Jörg, Beham Mira, Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod, Nomos, Baden-Baden 2006.
2 Platthaus Andreas, Medienbeeinflussung im Krieg, FAZ, Nr. 54, 05.03.2007, S. 37.
3 Strukturelle Gewalt, Reinbek, Rowohlt, 1975; Die Zukunft der Menschenrechte, 2000; Konflikte und Konfliktlösungen, 2007.
4 Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/Main., Suhrkamp, 1977; Zum irdischen Frieden, 2004.
5 Friedensforschung und Normativität. In: E. Jahn et al., Die Zukunft des Friedens, Bd. 2, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 49-73.
6 Comprendre. In: La Misère du monde, Paris, Seuil, 1993, S. 903-939.
7 Maeder Christoph, Mäder Ueli, Schilliger Sarah, Krieg, Seismo Verlag, Zürich 2008.
8 Imbusch Peter, Mäder Ueli, Nollert Michael, Neue Kriege, Sonderausgabe der Schweizeischen Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, Zürich 2008.
9 Der nächste Kurs beginnt am 4.4.2008. Weitere Informationen: www.postgraduate-basel.ch.

Peter Strutynski

Die Neuvermessung der Welt

Tagungsbericht zum Friedensratschlag in Kassel

Am ersten Dezemberwochenende 2007 trafen sich auf dem „Friedensratschlag" in Kassel rund 400 Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen, Friedensforscher/innen und Politiker/innen, um zwei Tage lang über die brennendsten Fragen der Internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik zu beraten. Der diesjährige „Ratschlag" fiel in eine Zeit zunehmender kriegerischer Auseinandersetzungen auf der einen und abnehmender friedenspolitischer Aktivitäten auf der anderen Seite. Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit und den – allerdings nur relativ schwachen – Protest der Friedensbewegung hat der Deutsche Bundestag im Herbst die Verlängerung der Bundeswehreinsätze in Afghanistan beschlossen. Dieser Krieg droht weiter zu eskalieren.

Befürchtet werden muss eine „Irakisierung" Afghanistans, während mit Blick auf den Irak von dessen „Vietnamisierung" gesprochen wird. Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind zum Spielball der USA und der westlichen Großmächte (EU-Europa, Japan) geworden; Russland, China und Indien bringen sich selbst (wieder) als wichtige Akteure der internationalen Politik ins Spiel. Der lateinamerikanische Halbkontinent wehrt sich mit zunehmender Kraft gegen neoliberale Bevormundung. Die Welt scheint neu vermessen zu werden: Aufrüstung, Kriege, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Weltraummilitarisierung bestimmen konkret das Bild dieser globalen destruktiven Entwicklung.

In vier Plenarveranstaltungen und 25 Arbeitsgruppen sowie Diskussionsforen wurden zentrale Aspekte der Weltpolitik, der europäischen und deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie friedenspolitische Alternativen diskutiert. Einen besonderen Stellenwert nahmen die kriegerischen Konflikte in Afghanistan, Irak und im

Nahen Osten ein; Vorträge und Workshops über China (Helmut Peters), Indien (John Neelsen), Russland (Kai Ehlers), USA (Jürgen Wagner), EU-Europa (Johannes M.Becker) und Lateinamerika (Stefan Schmalz) gaben einen Überblick über die widersprüchlichen Interessen und die Machtpolitik wichtiger weltpolitischer Akteure.

Den Auftakt des Friedenspolitischen Ratschlags bildeten Vorträge und anschließende Diskussion mit zwei Politikern, die sich zuletzt im Bundestag und in der Partei der Grünen als Gegner des Afghanistan-Einsatzes profiliert haben. Der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech, der für die LINKE im Bundestag sitzt, und Felix Pahl, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft „Frieden" der Grünen, erläuterten ihre unterschiedlichen Einschätzungen.

Während Paech das militärische Eingreifen in Afghanistan aus völkerrechtlichen Gründen ablehnt und darauf aufmerksam machte, dass sich die Lage im Land seit sieben Jahren nicht nennenswert verbessert, in einigen Bereichen (Sicherheit, Stabilität) sogar verschlechtert habe, hielt Felix Pahl grundsätzlich daran fest, dass für den zivilen Aufbau des Landes unter Umständen auch militärischer Schutz im Rahmen von ISAF notwendig sein könne. In einem weiteren Plenarvortrag begründete Afghanistan-Experte Matin Baraki (Marburg), warum Krieg und ausländische Besatzung in Afghanistan scheitern müssten und weshalb die USA und ihre Verbündeten aber so hartnäckig an der Kontrolle dieser geostrategisch so wichtigen Region interessiert seien.

In einem weiteren Plenarvortrag sprach Jörg Huffschmid (Bremen) über „Die Aggressivität der Finanzmärkte und ihre Bedeutung für die Militarisierung der internationalen Beziehungen", eine Fragestellung, die von der Friedenswissenschaft bislang nicht thematisiert wurde. Der Verfasser dieses Berichts widmete sich in seinem Vortrag dem „Antiterrorkrieg" und nannte ihn eine „Grundtorheit des 21. Jahrhundert". Terrorismus stelle in all seinen Schattierungen ein Verbrechen dar und müsse als solches behandelt werden. Terrorverbrechen und die dazugehörigen Täter müssen von zivilen Ermittlungsbehörden, Polizei und Justiz verfolgt, die Taten nach rechtsstaatlichen Prinzipien geahndet werden. Militärische Antworten verböten sich aber nicht nur aus rechtlichen, sondern auch aus politischen Gründen.

Wie weltpolitisch gesehen aktuell der „Friedensratschlag" auch diesmal war, zeigte sich an den vielen Arbeitsgruppen und Diskussionsforen. Ausgewiesene Experten befassten sich mit gegenwärtigen Krisenregionen bzw. Kriegsschauplätzen: z.B. Joachim Guilliard mit Irak, Lühr Henken mit Tschad und Sudan, Reiner Bernstein mit dem israelisch-palästinensischen Konflik, Andreas Buro mit dem neu entbrannten türkisch-kurdischen Konflikt, Hannes Hofbauer mit dem Kosovo und Klaus D. Fischer mit dem Iran.

Die von der AG Friedensforschung an der Universität Kassel organisierten „Friedensratschläge" haben sich nie als ausschliesslich akademische Veranstaltungen verstanden. Friedensforschung und Friedenswissenschaft sind nicht wertfrei, sondern sie beziehen Stellung und versuchen Einfluss, auf die Politik zu nehmen. Dies verbindet die Wissenschaftler/innen mit den vielen Tagungsteilnehmer/innen, die aus Friedensinitiativen nach Kassel kamen. „Wissensvermittlung und sich mit den neuesten weltpolitischen Entwicklungen vertraut machen ist das eine; das andere ist, aus dem Wissen Konsequenzen zu ziehen und sich friedenspolitisch zu engagieren", hieß es in einer Pressemeldung der Kongressorganisatoren.

So kommt es auch nicht von ungefähr, dass von den Kasseler „Ratschlägen“ immer wieder wichtige Impulse für die Friedensbewegung ausgegangen sind. So lauten diesmal die zentralen Botschaften des „Ratschlags“: Fortsetzung und Internationalisierung der Kampagne für den Rückzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan; Aktivitäten gegen den drohende Gefahr eines Kriegs der USA gegen Iran und Unterstützunng lokaler sowie regionaler Proteste gegen US-Militärstützpunkte in aller Welt.

Wie immer werden die Referate des „Friedensratschlags“ in der Reihe „Kasseler Schriften zur Friedenspolitik“ als Buch publiziert. Er wird im Frühsommer 2008 erscheinen unter dem Titel: Die Neuvermessung der Welt. Rohstoffkriege – Gewalt – Alternativen.

Der letzte Band dieser Reihe ist vor kurzem erschienen: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Von der Verteidigung zur Intervention. Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen, Verlag Winfried Jenior: Kassel 2007, 240 Seiten, 15,- EUR.

Mark Herkenrath

Weltgesellschaft

Das 25-jährige Jubiläum der World Society Foundation in Zürich

Bevor Peter Heintz 1966 auf den ersten Zürcher Lehrstuhl für Soziologie berufen wurde, hatte er bereits als Direktor der *Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales* in Santiago de Chile gewirkt und dort massgeblich zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika beigetragen. Es erstaunt daher auch nicht, dass Heintz schon früh die Mechanismen globaler Vergesellschaftung untersuchte.[1] Er beschäftigte sich bereits mit dem Thema Weltgesellschaft, als etwa der Begriff der Globalisierung noch unbekannt war. Heintz gründete auch die in Zürich beheimatete *World Society Foundation*, die 2007 ihr 25-jähriges Jubiläum feiert. Ziel dieser Stiftung war und ist es, Forschungsprojekte von Wissenschaftler/innen zu fördern, die wie Heintz soziale Prozesse aus einer globalen Perspektive beleuchten.

Was ist Weltgesellschaft?

Die über hundert Projektberichte, die im letzten Vierteljahrhundert bei der Stiftung eingegangen sind, lassen erkennen, welche Themen die Sozialwissenschaften in verschiedenen Regionen und Phasen jeweils mit dem Begriff der *Weltgesellschaft* verbinden. Dabei überrascht zunächst eine beträchtliche thematische Vielfalt, reichen doch die Untersuchungsgegenstände der Forschungsprojekte von der Struktur der globalen Arbeitsteilung (James Mittelman) über die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika und Russland (Tatiana Vorozheikina) bis zur Rolle der Frau in den zentralamerikanischen Revolutionen (John Foran). Doch zugleich fällt auf, dass strukturzentrierte Studien, welche die Mechanismen der Stabilisierung bestehender Verhältnisse

thematisieren, in den letzten Jahren seltener werden. Seit den Massenprotesten gegen die WTO in Seattle 1999 richtet sich der Fokus der Forschungsprojekte immer stärker auf akteurszentrierte Ansätze und auf die Frage des globalen sozialen Wandels.

Gemeinsam ist den meisten Projektberichten, dass sie aus ihren Erkenntnissen auch Schlüsse ziehen, z.B. in der Frage der problematischen Bedingungen des Weltfriedens. Die oft geäusserte Kritik, eine idealisierte Vorstellung des harmonischen Zusammenlebens der Weltbevölkerung werde im Begriff der Weltgesellschaft bereits *per definitionem* vorausgesetzt, wird durch mehrere Studien entkräftet. Für seine Anwender/innen setzt das Konzept der Weltgesellschaft genausowenig Interessenharmonie voraus wie der Gesellschaftsbegriff soziologischer Ansätze, die sich ausschliesslich mit national verfassten Gesellschaften beschäftigen. Die Grundannahme weltgesellschaftlicher Ansätze besteht vielmehr darin, dass die soziale Welt eine eigenständige Untersuchungseinheit mit besonderen Gesetzmässigkeiten bildet.[2] Ausserdem gilt, dass „Welt" den beteiligten Akteur/innen in zunehmendem Masse als selbstverständlicher Bezugsrahmen für ihr Handeln und Denken dient. Die weltkulturellen Normen und Werte, an denen sich die Akteure der Weltgesellschaft ausrichten, sind jedoch interpretationsbedürftig, je nach Interpretation unvereinbar und damit grundsätzlich konfliktträchtig.[3]

Globale Transformation und regionale Unterschiede

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer friedlichen Weltordnung beschäftigte auch die Teilnehmer/innen der Jubiläumskonferenz der Stiftung Weltgesellschaft am 26./27. Okt. zum Thema „The Regional Shaping of World Society." Vielen Referent/innen war es ein Anliegen, aus ihren Befunden auch Handlungsvorschläge für soziale Bewegungen oder Staatsagenturen abzuleiten. Im Zentrum der Veranstaltung stand freilich die Frage, inwieweit die jüngste Globalisierungswelle lokal unterschiedliche Effekte entfaltet und wie sich diese lokalen Unterschiede auf die Möglichkeiten regionaler staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kooperation auswirken. An der Konferenz nahmen neben namhaften Sozialwissenschaftler/innen wie William R. Thompson, R. Patricio Korzeniewicz und Jackie Smith auch zahlreiche jüngere Forscher/innen aus dem In- und Ausland teil.

Ein grundlegendes Thema, das sich durch sämtliche Referate und Plenumsdiskussionen hindurchzog, war der Bedeutungswandel von räumlichen Distanzen und territorialen Grenzen.[4] So machte etwa Gert Verschraegen geltend, dass sinkende Reisekosten zum Auseinanderfallen von geographischen und sozialen Distanzen beitragen und Innovationen in der digitalen Kommunikationstechnologie neue Formen der nicht-territorialen Gemeinschaftsbildung ermöglichen. In weiteren Referaten wurde allerdings deutlich, dass ein „Ende der Geographie" dennoch in weiter Zukunft liegt. Beispielsweise wies Markus Schulz darauf hin, dass der Zugriff auf die modernen Hilfsmittel der Distanzüberwindung (Internet, Flugverkehr usw.) eine technisch aufwendige und teure Infrastruktur voraussetzt, die global sehr ungleich verteilt ist. Für die Menschen im wohlhabenden Norden ist die Welt in der Tat „kleiner" geworden, doch gilt dies nicht im selben Masse für die Menschen im globalen Süden. Wie auch David Newman betonte, werden räumliche und soziale Distanzen zwar entkoppelt, doch unterschei-

det sich das Ausmass dieser Entkoppelung zwischen den Ländern und Schichten sehr stark.

Dass die selben globalen Prozesse in verschiedenen lokalen Kontexten unterschiedliche Formen annehmen und je andere Folgen zeitigen, machten auch andere Referate deutlich. So untersuchten etwa Yves-Alexandre Chouala, Xiangming Chen und Martha van der Bly in ihren Referaten die Folgewirkungen ausländischer Direktinvestitionen in so unterschiedlichen Regionen wie Zentralafrika, Südchina und Irland. Dabei stellten sie Effekte fest, die kaum stärker voneinander hätten abweichen können. Chouala berichtete in seinen Ausführungen zu den Konsequenzen ausländischer Investitionsprojekte in Zentralafrika von wachsender Armut, anomischen Spannungen und der Vertreibung lokaler Gemeinschaften, wohingegen Chens Beitrag über das rasante Wirtschaftswachstum in Südchina sprach. Er räumte allerdings ein, dass das vermeintliche Wachstumswunder auf einer halsbrecherischen innerregionalen Billiglohnkonkurrenz zwischen benachbarten Provinzstädten beruht und bisher noch kaum zur Entstehung neuer technologischer Entwicklungskompetenzen beigetragen hat. Van der Bly machte schliesslich deutlich, dass ausländische Direktinvestitionen in der irischen Stadt Leixlip nicht nur zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, sondern zu einer starken Rückbesinnung auf die (teils neu erfundene) Lokalkultur geführt hatten.

Globaler Widerstand?

Am zweiten Konferenztag, der sich den transnationalen sozialen Bewegungen und international tätigen Nichtregierungsorganisationen (INGOs: *international non-governmental organizations*) widmete, beschäftigten sich die Referate hauptsächlich mit den strategischen Dilemmata dieser Kollektivakteure in einer hochgradig vermachteten und ungleichen Weltordnung. So zeige sich, dass selbst linksprogressive zivilgesellschaftliche Organisationen zwangsläufig *innerhalb* der (welt-)gesellschaftlichen Verhältnisse operieren, die sie zu verändern versuchen, und ihre Kämpfe nur mit den infrastrukturellen, finanziellen oder kulturellen Mitteln führen können, die im herrschenden System so ungleich verteilt sind. Und es komme auch vor, dass sogar im Widerstand gegen globale Ungleichheitsverhältnisse ein Teil dieser Ungleichheiten reproduziert wird.

Dass sich das Nord-Süd-Gefälle auch in den Strukturen der sogenannten globalen Zivilgesellschaft widerspiegelt, machte das Tagungsreferat von Hagai Katz deutlich. Dieser untersuchte mit Mitteln der quantitativen Netzwerkanalyse die bei der *Union of International Associations* registrierten INGOs und die Struktur ihrer wechselseitigen finanziellen, personellen und organisationellen Verflechtungen. Dabei zeigte sich, dass in der Gesamtheit der linksprogressiven INGOs *erstens* eine starke Übervertretung nördlicher Organisationen anzutreffen ist und diese nördlichen Akteure *zweitens* überdurchschnittlich häufig eine zentrale Netzwerkposition einnehmen. International tätige NGOs aus dem Süden sind oft nur indirekt miteinander vernetzt, nämlich über gemeinsame Beziehungen zu Akteuren aus dem Norden.

Für Katz sind die linksprogressiven INGOs letztlich noch weit davon entfernt, den kohärenten und „horizontalen" gegenhegemonialen historischen Block zu bilden, der aus der Sicht sowohl des (Neo-)Gramscianismus als auch der Basis- und Antiglobalisierungsbewegungen notwendig wäre, um

die Vorherrschaft des globalen Neoliberalismus zu brechen. Dawn Wiest und Jackie Smith betonten in ihrem Referat und in Diskussionsbeiträgen jedoch die strategisch wichtige Bedeutung von regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, welche den Beteiligten anstelle loser globaler Kontakte umso engere Beziehungen innerhalb des selben Kulturraumes ermöglichten. In einer Weltordnung, in der staatliche regionale Integrationsprojekte zunehmend wichtiger werden, dürfe der politische Einfluss regionaler zivilgesellschaftlicher Blöcke nicht unterschätzt werden. Massgebliche Veränderungen könnten durchaus in regionalen Initiativen ihren Anfang nehmen und erst über spätere Kaskadeneffekte globale Dimensionen erreichen.

Weltgesellschaft in Zürich – eine interaktive Ausstellung

Einen ihrer Höhepunkte erlebte die Jubiläumstagung mit der Verleihung der *World Society Awards of Excellence for Research Papers 2007*, die in diesem Jahr an das Forscherteam Rafael Reuveny und William Thompson und an Hagai Katz gingen. Gleichzeitig bildete die wissenschaftlich ausgerichtete Jubiläumskonferenz den Auftakt zur öffentlichen Ausstellung „Weltgesellschaft in Zürich." Mit dieser mehrwöchigen Veranstaltung verwirklichte die Stiftung Weltgesellschaft unter der Leitung des aktuellen Stiftungsratspräsidenten Hans-Peter Meier-Dallach[5] das Grundprinzip der *Public Sociology*-Bewegung, die ja auf innovative Formen des wechselseitigen Austauschs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit baut. So brachten etwa die Tagungsteilnehmer/innen Photos und Kurzaussagen in die Ausstellung ein, mit denen sie die Hauptbefunde ihrer Forschung visuell und alltagssprachlich zusammengefasst hatten. Die Ausstellungsbesucher/innen wiederum hatten neben verschiedenen anderen Attraktionen die Möglichkeit, ihre Gedanken und Fragen zum Thema Weltgesellschaft in Form von SMS-Botschaften auf eine Trägerfläche im Tagungssaal zu projizieren oder mittels eines Fragebogens ihre jeweilige Nähe zu bestimmten Theorierichtungen zu ermitteln.

Anmerkungen

1 Vgl. Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz. Hrsg. von G. Hischier, R. Levy und W. Obrecht, Diessenhofen 1980.

2 Vgl. Weltgesellschaft, Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie. Hrsg. von B. Heintz, R. Münch und H. Tyrell, Stuttgart, 2005, und V. Bornschier, Weltgesellschaft: Grundlegende soziale Wandlungen, Zürich 2002.

3 Vgl. Konflikte der Weltgesellschaft: Akteure – Strukturen – Dynamiken. Hrsg. von Th. Bonacker und Chr. Weller, Frankfurt a.M. 2006.

4 Aus Platzgründen können hier nicht alle Referate besprochen werden. Sie sind publiziert in den beiden jüngsten Ausgaben der Serie World Society Studies: The Regional and Local Shaping of World Society und Civil Society – Local and Regional Responses to Global Challenges. Hrsg. von M. Herkenrath, Münster 2007.

5 H.-P. Meier-Dallach, Weltgesellschaft – Augenschein, Figuren, Spiele. Münster 2007.

Lilian Fankhauser

Gelungener Reflexionsaustausch in der Geschlechterforschung

Zur Konferenz „Gender - Genre - Geschlecht. Travelling Concepts" in Bern

Bereits das Eröffnungsreferat der Tagung *„Gender – Genre – Geschlecht. Travelling Concepts"*, die vom 19. bis 22. September 2007 an der Universität Bern stattgefunden hat, setzte hohe Massstäbe: Die französische Philosophin Geneviève Fraisse (Paris) setzte sich kritisch mit dem französischen Begriff „genre" auseinander, da er zum einen die Sexualität und das Begehren zudecke („genre cache sexe") und zum anderen als politische Kategorie nicht brauchbar sei: Fraisse sprach hier auch als Politikerin, die sich bis vor kurzem als Abgeordnete im Europaparlament für die Rechte der Frauen einsetzte. Die sehr differenzierten Ausführungen von Fraisse führten mitten in den Kern einer Konferenz, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Theorietraditionen der Geschlechterforschung in den Blick zu nehmen und eine Debatte zu folgenden Fragen in Gang zu setzen: Was bedeutet es, dass die Kernkonzepte der Geschlechterforschung herumwandern, also „travelling concepts" sind, dass sie über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg wirksam sind und dadurch innovative Vermittlungsprozesse eingeleitet werden? Ziel der Tagung war es, den Blick genauer auf die Begriffe selber zu lenken. Wie ist ihre Bedeutung im Laufe der Zeit entstanden? Weshalb unterliegt Bedeutung einem steten Wandel?

Diese Fragen sind in der Geschlechterforschung besonders virulent, da gerade die zentralen Konzepte „Gender – Genre – Geschlecht" über Sprachgrenzen hinweg rezipiert worden sind: vom angloamerikanischen in den französischen und in den deutschen Sprachraum – und wieder zurück. Wie auch Fraisse betonte, unterscheidet sich das französische Begriffspaar „genre/sexe" stark vom deutschen Begriff „Geschlecht", der sowohl das „kulturelle" als auch das „biologische" Geschlecht vereint: Das französische „genre" und das deutsche „Geschlecht" beziehen sich als Konzepte zwar auf die gleichen Problemzusammenhänge, aber sie sind nicht deckungsgleich und insofern auch nicht gleich anwendbar – weder in der theoretischen Reflexion noch in der (politischen) Praxis.

Lorena Parini, Politologin und Dozentin für Gender Studies an der Universität Genève, die im Rahmen des ersten Tagungsschwerpunktes die Entwicklungen der Geschlechterforschung im französischsprachigen Raum darlegte, verwies auf das dichte Netz gegenseitiger Rezeption französischer und US-amerikanischer Theoretikerinnen, das bis zum Black Feminism in den USA der 1970er Jahre zurückgehe. Ähnliches konstatierte Gudrun-Axeli Knapp, Soziologieprofessorin in Hannover, für den deutschsprachigen Raum. Parini und Knapp betrachteten übereinstimmend den „Black Feminism" als fruchtbaren Ausgangspunkt der Differenzdebatten inner- und ausserhalb der Geschlechterforschung. So meinte etwa Knapp: „Die aus dem Black Feminism hergereiste Triade „Race – Class – Gender" ist zum Schlüssel der europäischem Moderne geworden." Insofern weist sie intersektoriellen Analysen innerhalb der Geschlechterforschung grosse Bedeutung zu; Analysen also, die nebst der Kategorie Geschlecht auch weitere Differenzkategorien wie Rasse, Klasse, Bildung, Sexualität und Alter einbeziehen.

Auch an der Konferenz in Bern war einer der Schwerpunkte der Intersektionalität gewidmet, zum einen in einem entsprechenden Workshop, zum anderen im letzten Themenblock mit drei Hauptreferaten (Elsa Dorlin, Myra Marx Ferree und Patricia Purtschert). Dieser Block bildete zweifelsohne einen der Höhepunkte der Tagung, insbesondere der Beitrag der Basler Philosophin Patricia Purtschert. Sie legte am Beispiel des Kasperlitheaters „De Schorsch Gaggo reist uf Afrika", das sich in der Deutschschweiz seit fast vierzig Jahren einer ungebrochener Beliebtheit erfreut, einige zentrale Aspekte der postkolonialen (Gender-) Theorie dar. Die Handlung des von Jörg Schneider, Ines Torelli und Paul Bühlmann in den 1960er Jahren vertonten Hörstücks ist rasch erzählt: Schorsch Gaggo mag für sein Leben gern Kakao. Kurzerhand beschliessen Schorsch und Kasperli nach Afrika zu reisen. Dort angekommen befreien sie mit Hilfe einer mitgebrachten Wolldecke und einer Cervelat den afrikanischen Häuptling Krambambuli und seine Tochter Susu von der ständigen Bedrohung durch einen Löwen. Zum Dank erhält Schorsch einen Kakaobaum, und Kasperli darf Susu als Spielgefährtin in die Schweiz mitnehmen.

Purtschert betonte, dass gemäss postkolonialer Theorie die Abgrenzung vom „kolonialen Anderen" konstitutiv für die Herausbildung des bürgerlich-nationalstaatlichen Europa in seinem Selbstverständnis als zivilisiertem Raum sei. Somit müsse auch die Schweiz als ein kolonialer respektive ein postkolonialer Raum begriffen werden – eine Aussage, welche die offizielle Schweiz gerne bestreite –, wenn es etwa um Rassismus oder die Auseinandersetzung mit Sklavenhandel ginge. Mittels der postkolonialen Perspektive stellte Purtschert solche vorherrschenden Vorstellungen über die Schweiz in Frage. Sie führte aus, wie sich das Kasperlitheater aus einer solchen Perspektive lesen lässt und wie politische, wirtschaftliche und auch diskursive Praktiken, die der Kolonialismus hervorgebracht hat, darin aufgenommen werden.

Die zusätzlich in den Blick genommene Geschlechterperspektive ermöglichte es Purtschert zu zeigen, wie stereotyp die männlichen und weiblichen ProtagonistInnen dargestellt sind. So fungiert etwa Susu, die Häuptlingstochter, als Übersetzerin und Vermittlerin, „eine Rolle, die einheimischen Frauen im kolonialen Kontext oft zugewiesen wird", so Purtschert. An diesem Beispiel – wie auch an vielen anderen Kinderbüchern oder Hörspielen aus den 1960ern und 1970er Jahren – könne das Wirken einer „heterosexuellen, androzentrischen und kolonialen Matrix" aufgezeigt werden.

Auch weitere Referate thematisierten die Verschränkung von Geschlecht/Sexismus und Rasse/Rassismus und leisteten so einen Beitrag zur Intersektionalitäts-Debatte innerhalb der Geschlechterforschung. Patricia Roux, Professorin für Geschlechterforschung in Lausanne, untersucht in einem laufenden Forschungsprojekt die Verbindung von Rassismus und Sexismus in der Schweiz. Bei den befragten 300 Schweizern und Schweizerinnen liesse sich, so Roux, zwischen einem „ordentlichen" Sexismus, der sich auf die Schweiz beziehe, und einem rassistisch geprägten Sexismus, der sich auf Länder des Südens beziehe, unterscheiden. Letzterer werde sehr oft ins Feld geführt, um nach wie vor bestehende Ungleichheiten in der Schweiz zu überdecken, und er weise zudem durchgängig ein rassistisches Element auf. Etwas zu kurz kamen insgesamt andere Differenzkategorien wie Bildung, Sexualität

oder Alter, ebenso wie das Nachdenken über die analytischen Fragen, die sich bei der Verschränkung von tendenziell polaren (z.B. Geschlecht, Rasse) oder tendenziell vertikal verlaufenden (z.B. Alter, Klasse) Kategorien stellen.

Ein weiteres Ziel der Tagung war es, eine Brücke zwischen der Geschlechterforschung im deutschsprachigen und im französischsprachigen Raum zu schlagen. Dieses Anliegen ist in einigen der fünf Workshops, die zu den Themen *Psychoanalyse*, *Queer*, *Science/Körper*, *Intersektionalität* sowie zu „*Diskurs, Zeichen, Text*" stattfanden, recht gut gelungen. Hier entstand Raum für anregende Diskussionen zwischen den verschiedenen Sprach- und disziplinären Kulturen. Deutlich weniger Austausch zwischen den unterschiedlichen Traditionen und Theorien fand in den erwähnten Hauptreferaten statt. Einmal mehr zeigte sich, wie schnell eine Simultanübersetzung bei theoretischen und interdisziplinären Auseinandersetzungen an ihre Grenzen gerät. In der Schlussrunde am Samstag wurde denn auch darüber nachgedacht, ob eine nächste Konferenz besser in Englisch abgehalten werden sollte, um so das „Übersetzungsproblem" den einzelnen ReferentInnen zu überlassen. Ebenfalls in der Schlussrunde erörtert wurde die Idee, an einer nächsten Tagung mit Hilfe eines Textes oder eines Filmes eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu schaffen: An diesem einen Beispiel könnten die TagungsteilnehmerInnen ihre eigenen theoretischen und konzeptionellen Grundannahmen bewusst reflektieren und mit den anderen Anwesenden diskutieren. Damit könnte eine wichtige Vorarbeit für die gegenseitige Verständigung geleistet werden.

Das Kooperationsprojekt Gender Studies Schweiz und das Netzwerk Graduiertenkollegien Gender Studies Schweiz, welche die Tagung organisierten, haben sich mit der Setzung der inhaltlichen Schwerpunkte sehr viel vorgenommen – und diese Konferenz erfolgreich durchgeführt. Ermutigend war diese auch deshalb, weil zumeist auf sehr hohem theoretischem Niveau über Konzepte und Probleme der Geschlechterforschung debattiert wurde – über sprachliche, kulturelle und disziplinäre Grenzen hinweg.

Weitere Infos:
www.izfg.unibe.ch/travelling_concepts

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift - 18. Jahrgang, Nr. 72, Dez. 2007, 224 Seiten

Finanzkrise

Huffschmid - Macht- und Steuerungsverschiebungen hinter den Spekulationsblasen

Faschismus: Geschichte, Forschung, Medien

Scherer - Wem gehört der 9. November? / Speckmann & Wiegel - Faschismus oder „nationaler Sozialismus"? / Röhr - Großkapital und Faschismus / Schneider - Vom medialen Umgang mit dem Faschismus / Heer - Das Dritte Reich des Guido Knopp

Medien: Hegemonie und Gegenhegemonie

Biermann & Klönne - Bertelsmann. Ein Kon-zern macht Politik / Dehm & Sohn - Macht, Medien und kulturelle Hegemonie im Kapitalismus

Oktoberrevolution: Kampf um die Geschichte

Plener - Luxemburg und Lenin: Über Massen und ihre Aktionen als demokratischer Weg zum Sozialismus / Wehr - Der Rote Oktober in der historischen Bilanz

Und: Pjatakov - Die „Bolivarianische Alternative für Amerika"/ Seppmann - Zur Aktualität einer kritischen Gesellschaftstheorie: Leo Kofler/ George - Starke Mobilisierung - umstrittenes Ergebnis: Der Telekom-Streik ***Sowie:*** Berichte, Buchbesprechungen ***Z*** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo:32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buch-handel (ISSN 0940 0648) oder direkt: ***Z-Vertrieb:*** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt, Tel. 069/5305 4496

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Birge Krondorfer

Schaut gefälligst auch, was den Männern passiert!

Geschlechterordnung und Militärgewalt

Gewalt und Krieg sind untrennbar verklammert. Dass Männer Kriege führen und Frauen Kriege dulden oder zumindest (er)tragen scheint inzwischen Allgemeingut zu sein. Die Mittäterschaft von Frauen ist längstens gesicherte Erkenntnis in der feministischen Theorietradition. Doch scheint diese nicht überall angekommen zu sein, weder in engagierten politischen Aktivitäten noch in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen.

Ein letzten Herbst im Sammelband „Rationalitäten der Gewalt" erschienener Beitrag[1] zur Problematik von Geschlechterverhältnissen und militärischer Gewalt zeigt dies exemplarisch und in der ganzen Doppeldeutigkeit. Die Autorinnen Ruth Stanley und Anja Feth wollen ihr „Unbehagen gegenüber öffentlichen Debatten über die Notwendigkeit von Krieg zum Schutz von Frauenrechten erläutern ... (und) diesen neueren Diskurs des 'barbarischen' Anderen und seine Kontinuitäten mit herkömmlichen Interpretationsmustern ... fokussieren" (S. 139), sowie die Auffälligkeit der Konzentration auf Gewaltpraktiken gegen Frauen und die Thematisierung von Männern „als fast ausschließlich Täter" kritisieren. Dies wird mit Rückgriff auf den Krieg in Ex-Jugoslawien und den NATO-Einsatz in Afghanistan illustriert.

Von jeher – so die Hauptthese – werden kriegslegitimierende Diskurse über zu schützende Frauen propagiert, während der Subtext bzw. die eigentliche symbolische Bedeutung der sexualisierten Greueltaten des Feindes in der Bedrohung einer Integrität der Nation, in der Verletzung eines Nationalgefühls liegt. Die „tatsächliche Viktimisierung von Frauen (wird) diskursiv in die Repräsentation einer vergewaltigten, aber unschuldigen weiblichen Nation transformiert, die sich tugendhaft, aber letztlich erfolglos einem brutalen männlichen Angreifer widersetzt." (S.140) Sexualisierte Gewalt gegen Frauen wird nicht auf das individuelle Leid bezogen, sondern auf die Nation und ist ausschließlich eine Eigenschaft des Feindes. 'Die' Deutschen in Frankreich im ersten Weltkrieg, 'die' Serben in Bosnien-Herzegowina, wobei jedes Mal die in (Massen-)Vergewaltigungen gezeugten Kinder der Barbaren im Vordergrund einer Propaganda stehen, die die Nation dadurch infiziert und entehrt sieht.

Vollends krude wird die medialöffentliche Debatte, wenn es um die Rechtfertigung militärischer Operationen im Feld der barbarischen Anderen zur Rettung der Frau geht. Paradigmatisch stehen hierfür die Rekurse auf die Verletzung von Frauenrechten in Afghanistan, die realiter hegemoniale Militärmacht im Namen der Frauen legitimieren und sich selbst als ritterliche und aufgeklärte Männlichkeit imaginieren, bei gleichzeitiger Verfestigung der eigenen hierarchisierten Geschlechterordnung.

Anhand von aufschlussreichen Zitaten aus Redebeiträgen des deutschen Parlaments zum militärischen Einsatz in Afghanistan wird mehr als deutlich, dass die traditionelle Geschlechternormung – der tatkräftige deutsche Soldat mit seiner reproduktiven Ehefrau – sowie die implizite Annahme, dass die Menschrechte von Frauen im Westen

durchgesetzt seien, vorausgesetzt werden. Einer gerade in Kriegskontexten rekonstruierten hierarchischen Geschlechterordnung sind Realitäten und Repräsentationen von Männern als Opfer von sexualisierter Gewalt durch Männer nicht zuträglich, denn diese „Entmännlichung ... stellt die symbolische Entmännlichung des Staates dar." (S.150)

Die latenten Verknüpfungen von Weiblichkeit mit Nation und Männlichkeit mit Staat werden in Kriegszeiten offensiv manifest. Auch die mit Bezug auf Frauenunrechte legitimierten westlichen Militärinterventionen verleugneten männliche Opfer; die Tatsache z.B., dass die Taliban auch Männer unter Gewaltanwendung ihrer Freiheitsrechte berauben. Die Befürchtung, dass zukünftig vermehrt 'Frauenrechte' zur Rehabilitierung der Institution Militär sowie zur Rechtfertigung von Angriffskriegen westlich 'zivilisatorischer' Missionen herhalten müssen, ist zutreffend. Dass es sich dabei um eine doppelte Opferung der Frau handelt, müsste zwingend in öffentlichen Debatten benannt werden. Die geläufige Wahrnehmung von weiblichen Opfern und männlichen Tätern wird nicht aufgebrochen – was die Autorinnen bedauern.

Und hier kommt die zweite Argumentationslinie des Beitrags zum Tragen, das eigentliche Anliegen der Verfasserinnen, nämlich die Kritik am feministischen Mitspielen in selbiger (Kriegs-)Logik. Anhand einiger Autorinnen wird nachgewiesen, dass insbesondere in den 90er Jahren feministische Analysen im Kontext des Jugoslawienkriegs behaupteten, sie hätten zum ersten Mal sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Krieg sichtbar gemacht.

Stanley/Feth bestreiten dies erstens mit dem Hinweis auf die seit jeher existierende Ubiquität von Vergewaltigungen in kriegspropagandistischen Zusammenhängen. Zweitens meinen sie, dass das öffentliche Verweisen auf diese Männergewalt (als Singularisierung einer Gewalt unter vielen) dazu benutzt wurde, eine „Politik der Expansion und der militärischen Intervention" zu unterstreichen statt wie andere feministische Autorinnen zu erkennen, dass auch das eigenen Militär ein Hort hegemonialer und homogenisierender Männlichkeit darstellt.

Und drittens sei die Betonung der Gewalt an Frauen eine Stützung der hierarchischen Geschlechter- und Staatenordnungen, weil die bloße Thematisierung von Gewalt an Männern diese Ordnung schon unterminieren könnte (S.138) Es soll mithin eine Kongruenz von allgemeinen westlich-hegemonialen Politiken mit feministischen Forderungen bewiesen werden, die in der Feststellung gipfelt, dass westliche Feministinnen, „die sich zu Fürsprecherinnen von nicht-westlichen Frauen und in deren Namen auch zu Befürworterinnen von Militäreinsätzen machen, mit dieser diskursiven Positionierung" zur Legitimierung von Kriegen auch jenseits völkerrechtlicher Gewaltverbote beitragen, also zur Akzeptanz einer militarisierten Außenpolitik (S.153)

Diese Perspektive wäre wahrlich eine triste Bilanz feministischen Erkenntnisinteresses und Engagements. Aber trifft denn diese Sichtweise zu? Die Autorinnen befinden sich in einem gewissen Selbstwiderspruch, der sich darin zeigt, dass die Zahl der Verweise auf jene 'Feministinnen', die den offiziellen militarisierten Diskursen in die Hände spielen, geringer ist als die der feministischen Forschungen und Stellungnahmen, die jene westliche Stellvertretungspolitik, jene Instrumentalisierung der weiblichen Opfer und jene Affirmation der männlichen Ordnung des Militärs in Frage stell(t)en. Auf

diese kritischen feministischen Stimmen wird im Beitrag ja auch inhaltlich rekurriert, und die Autorinnen selbst benennen das Dilemma der Marginalisierung kritischer Theorie und Selbstreflexion in den Mainstreamdiskursen.

Wenn (deutsche) Frauengruppen – in moralischer Empörung – den gequälten Frauen mit allen Mitteln helfen wollen, mag das un/gewusst inter/nationaler Ordnungspolitik in die Hände spielen, hat jedoch realiter wenig Einfluss auf den Parketten der global players. Eine Laura Bush, die US-amerikanische Organisation 'Feminist Majority' (!), die Zeitschrift Emma[2] oder die Redakteurin des ZDF-Frauenjournals Mona Lisa als Angriffsfläche für 'feministische' Denkungsart herzunehmen, ist doch etwas verfehlt. Ein politischer Feminismus – auch wenn dieser in Zeiten eines dominierenden Genderspeechs einen komplizierteren Stand hat – beinhaltet eine grundsätzlich kritische Haltung auch der 'eigenen' Kultur (und ihrer herr-schaftlichen Manifestation) gegenüber. Auch der Appell an Feministinnen, die männlichen Kriegsopfer zu benennen, entbehrt nicht einer gewissen Doppelbödigkeit, denn 'eigentlich' sollten doch die Männer selbst gegen ihre Kriege demonstrieren – und nicht wieder Frauen stellvertretend für alles Leid.

Es kann an der Aufgabe, der Konzentration auf die Ebene der (mainmedialen) Repräsentation liegen, dass auch hier die Tiefendimensionen von Gewalt, Nation und Krieg nicht in den Reflexionshorizont kommen. Dies ist ein beständiger Bewältigungsverlust, da das 'Menschliche' nicht allein rational zu bewerten ist. Einige wenige Andeutungen mögen genügen. Auf den frauenfeindlichen Kriegszustand selbst bezogen ist die 'Subjektivität' der Soldaten eine des „Nicht-zuende-Geborenen". Der Frauenhass 'repräsentiert' den Hass auf alles Falsche und Böse. „Gerade der Fähigkeit der Frauen zu gebären (zu der sie dazu noch gezwungen werden) gilt der Haß der Nichtzuende-Geborenen und ihre Rache." [3]

Auch in der 'homosexuellen' Männergewalt, in der Erniedrigung des Objekts, finden sie die für sie überlebensnotwendige Erhaltungslust.[4] Tiefenstrukturelle Motive bestimmen ebenso un(an)erkannt (nationale) Zugehörigkeitsideale respektive deren Zerstörungswut. Denn „plausibel klingen die Vermutungen der Psychohistoriker, die ... Trennungs- und Vereinigungsphantasmen auf elementare Voraussetzunge jeder sozialen Synthesis zurück[zu]führen – auf traumatische Primärerfahrungen."[5]

Eine der ungebetenen, da unerbittlichen Fragen lautet, wie unbewusste Dynamiken sich repräsentieren, entäußern, artikulieren. Die Berufung auf rationale Kriegsziele verdeckt, „dass die sogenannten 'Kriegszwecke' von den Kriegereignissen selbst gar nicht unterschieden werden können. Eine ältere, männliche Generation opfert die jüngere, meist ebenfalls männliche Generation, und dies regelmäßig für irgendwelche dubiosen, 'mütterlich' imprägnierten Ideale: 'Heimat', 'Blut', 'Boden', 'Abstammung'."[6]

Allgemeiner formuliert stellt die Vorstellung einer Politik ohne Phantasma, ohne Manipulation gewisser Arten des Genießens eine Illusion dar. „Der Haß auf den Anderen ist der Haß auf das Genießen des Anderen, ist der Haß auf den Überschuß des eigenen Genießens, d.h. der Haß auf den Anderen ist der Haß auf das eigene Genießen."[7] Dies betrifft fraglos sämtliche Differenzen und KonfliktakteurInnen. Zu unterschlagen ist hingegen nicht die noch geltende (Voraus-)Setzung jeglicher kollektiver Konvention. „Das Ge-

meinwesen erzeugt sich an dem, was es unterdrückt und was ihm zugleich wesentlich ist, an der Weiblichkeit überhaupt seinen inneren Feind." (G.W.F. Hegel[8]) Dies darf einfach nicht vergessen werden – auf welche Seite Frauen sich auch immer entschlagen.

Anmerkungen

1 Ruth Stanley, Anja Feth: Die Repräsentation von sexualisierter und Gender-Gewalt im Krieg. Geschlechterordnung und Militärgewalt. In: Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert; Susanne Krasmann, Jürgen Martschukat (Hg.), 2007 transcript Verlag Bielefeld, S. 137-160.
2 Wo u.a. in der Kopftuchdebatte nicht differenziert argumentiert wurde.
3 Klaus Theweleit: männerphantasien 2. männerkörper. zur psychoanalyse des weißen terrors, 1978 Verlag Roter Stern, Ff/M. S. 294.
4 Ebd. S. 364.
5 Thomas Macho, unveröff. Manuskript, zit, nach: Birge Krondorfer: 'An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen' – Der Krieg ist mitten unter uns. In: Krieg/War. Eine philosophische Auseinandersetzung aus feministischer Sicht. Hg. Wiener Philosophinnen Club. Fink 1997, München, S. 161.
6 Macho, in ebd.
7 Ebd. S. 158; zit. aus: Renata Salecl: Politik des Phantasmas. Nationalismus, Feminismus und Psychoanalyse. Turia & Kant 1995, Wien.
8 Phänomenologie des Geistes, 1970, S. 352.

Susanne Krasmann / Jürgen Martschukat (Hg.): Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. transcript-Verlag, Bielefeld. 2007 (290 Seiten, € 26.80)

Gewalt, so kann wohl als eine Botschaft aktueller politischer und medialer Diskurse zusammengefasst werden, ist vorrangig ein Phänomen, das von außen kommt. Sie verletzt die Regeln unseres Zusammenlebens, an ihrem Aufkommen lässt sich die Grenzlinie zwischen Normalität und Ausnahme, manchmal sogar zwischen Normalität und Ausnahmezustand ziehen. Entsprechend ist die Gewalt der Jugend, der Cliquen und Banden immer mit einem Legitimitätsdefizit belastet, mehr noch, sie steht eigentlich sogar außerhalb jeder Legitimierbarkeit. Wo es illegitime Gewalt gibt, dort muss es allerdings auch legitime Gewalt geben. Dass dies oft unterschlagen wird, hat vor allem mit den spezifischen Logiken dieser beiden Gewaltformen zu tun, von denen die eine permanent aufgedeckt, sichtbar gemacht und ausgegrenzt werden muss, während die andere als staatliche Gewalt dazu tendiert, sich unsichtbar zu machen.

Die komplexe Wechselbeziehung, die hier angesprochen ist, kann bis in die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft zurückverfolgt werden, deren Geschichte schließlich auch als Prozess der Konzentration und Monopolisierung öffentlicher Gewalt und der Zurückdrängung individueller Gewalt zu verstehen ist. Unmittelbar damit zusammen hängen die Herausbildung des moder-

nen Rechtsgedankens und die Karrieren von Ordnung, Sicherheit und Freiheit, die bis heute bedeutende Spannungsfelder für politische Debatten markieren. Ihren Referenzrahmen finden die genannten Begriffe im modernen Rechtsstaat, den man als Gesamtheit all jener Institutionen definieren kann, in denen die legitime Staatsgewalt verwaltet und kontrolliert wird. In einem erweiterten und theoretisch auch weiterführenden Sinne ist der Staat jedoch, etwa mit Poulantzas, auch als verobjektivierter Ausdruck eines sozialen und politischen Kräfteverhältnisses zu verstehen. Erst eine solche Perspektive legt zumindest die Möglichkeit frei, Staat als Staatlichkeit, als beweglichen Effekt eines Systems unterschiedlicher Gouvernementalitäten zu begreifen und sie unter dem Gesichtspunkt veränderbarer und sich verändernder Machtverhältnisse als Felder performativer Prozesse, Diskurse und kultureller Praktiken zu analysieren.

Dies erinnert ein wenig an die guten Momente der materialistischen Staatstheorie, mehr noch erinnert es an die Archäologie und Genealogie Foucaults, mit dessen Konzept Machtpraktiken als vor allem diskursive Praktiken untersucht werden können. In der Tat beziehen sich die HerausgeberInnen wie auch die meisten AutorInnen des Sammelbandes „Rationalitäten der Gewalt" mehr oder weniger explizit auf Foucaults Arbeiten. Das Ziel besteht entsprechend nicht darin, etwaige historische Gesetzmäßigkeiten staatlicher Herrschaft nachzuzeichnen. Vielmehr geht es darum, die spezifischen Kontexte und Rationalitäten staatlicher Gewalt in den Fokus der Betrachtung zu stellen, um Transformationen und – der Untertitel führt das Wort – staatliche Neuordnungen kenntlich zu machen. Etwas allgemeiner gesagt, geht es also um die Frage, inwieweit zwei zentrale Paradoxien moderner sozialer Ordnung – die gewaltgestützte Gewaltlosigkeit und die Regel durch Ausnahme – aktuell Bestand haben und welchen beobachtbaren Veränderungen sie unterliegen.

Die mit der Beantwortung verbundenen Herausforderungen sind nicht eben gering, zumal die Großkomplexe Gewalt und Staatlichkeit hier auf einer Zeitleiste von nicht weniger als zwei Jahrhunderten beschrieben werden. Entsprechend groß ist die thematische und perspektivische Bandbreite: So beschäftigt sich zum Einstieg Judith Butler in ihrer Neulektüre von Walter Benjamins Aufsatz „Zur Kritik der Gewalt" mit der Möglichkeit, ob und wie Recht und Gerechtigkeit jenseits staatlicher Gewalt gedacht werden können und ob es eine (in diesem Fall nicht-physische, hier auch „unblutig" genannte) Gewalt geben kann, die nicht auf Zwang beruht. Dieser an sich vielversprechende und wohl kaum zufällig an den Anfang des Bandes gesetzte Beitrag verliert sich letztlich allerdings zu sehr in der Textexegese, als dass er eigentlich notwendige theoretische Grundlegungen leistet, die für die Lektüre des gesamten Bandes hilfreich sein könnten.

Stärker an die in der Einleitung knapp und sehr gut zusammengetragen inhaltlichen Fixpunkte schließen die dann folgenden Beiträge von Andrew Neal und Susanne Krasmann an, die aus verschiedenen Perspektiven, aber mit ähnlicher theoretischer Ausrichtung den Begriff des „Ausnahmezustandes" diskutieren, dessen Deutung in der internationalen Debatte zuletzt vor allem von den Arbeiten Giorgio Agambens geprägt worden ist, die hier allerdings mit Foucault eher kritisch rezipiert werden. Während Neal am Beispiel des US-Gefangenenlagers Guantánamo die dort zum Vorschein kommende neuar-

tige Verknüpfung unterschiedlicher Machttechniken aufzeigt und als Signatur einer neuen Staatsgewalt beschreibt, erweitert Krasmann den Blickwinkel, indem sie den Ausnahmezustand als grundlegenden Ausdruck liberaler Rationalität kennzeichnet, die heute weit über den Ort des Lagers hinaus gesellschaftliche Diskurse und Praktiken bestimmt.

Zwei bedeutsame Entwicklungslinien werden von ihr in diesem Zusammenhang herausgearbeitet: Zum einen schiebt sich in den aktuellen Gefährdungsdiskursen die abstrakte vor die konkrete, genau benennbare Gefahr, was die Mobilisierung von dauerhafter Abwehrbereitschaft notwendig macht. Zum anderen ist damit auch eine nachhaltige Bedeutungsverschiebung der Begriffe Sicherheit und Freiheit verbunden. Sicherheit wird von einer mit Freiheit stets in einem Spannungsverhältnis stehenden Größe zur bloßen Voraussetzung von Freiheit. Gleichzeitig schiebt sich das Postulat der Wirksamkeit und Effizienz vor das Postulat der Legalität und bildet den Kern einer politischen Praxis, in der über den Sicherheitsbegriff die gesellschaftlichen Ein- und Ausschlussprozesse neu geregelt werden. Zu dieser neuen „Technologie des Regierens" (Krasmann) gehört auch die Verstetigung des Ausnahmezustandes, der nicht mehr nur situativ über das Recht hinausweist, sondern zum dauerhaft und jederzeit abrufbaren Teil des Rechts geworden ist.

Diesen treffenden Ausführungen folgen Beiträge, die die Rationalität der Gewalt zeitlich wie disziplinär aus sehr unterschiedlichen Perspektiven in den Blick nehmen. Etwas oberflächlich wirken dabei zuweilen jene Ausführungen, die in einem Parforceritt durch Kolonialismus und Imperialismus historische Analogien aufzuzeigen versuchen und trotz anders lautender Positionierung im Vorwort entsprechende Entwicklungslogiken nahelegen, also eben nicht auf die Spezifität, sondern auf die Kontinuität bestimmter Gewaltrationalitäten abstellen. Weitaus richtungsweisender sind demgegenüber etwa die Betrachtungen von Günther Riederer und Sven Kramer, die die Prozesse der Bildproduktion von Gewalt beispielhaft am Dokumentar- und Kinofilm nachvollziehen und damit den ikonographischen Charakter von Gewaltverhältnissen herausstellen.

Seinen Abschluss findet der Band mit einem ebenfalls historisch ausgerichteten, aber an aktuelle Diskurse anschließenden Beitrag von Klaus Weinhauer zur Begriffsgeschichte der Inneren Sicherheit und von Jürgen Martschukat als auch David Garland, die sich beide auf sehr lesenswerte und durchaus zueinander kontrovers verhaltende Weise mit dem Lynching bzw. der Todesstrafe in den USA als möglicherweise oder nur vorgeblich archaische Formen strafender Gewalt beschäftigen.

So unterschiedlich die Ansätze und Perspektiven der verschiedenen Beiträge sind, so lohnt sich zuletzt doch ein kurzer Blick auf deren (staats-)theoretische Prämissen. Staatlichkeit, so nämlich der Befund, muss im Angesicht der aktuell weithin unter dem Schlagwort „Globalisierung" firmierenden Transformation staatlicher Souveränität neu gedacht werden. Das staatliche Gewaltmonopol, in der politischen Theorie in gewisser Weise als Entität gesetzt, erweist sich zunehmend als flüchtig und ortlos, wo das Innen und Außen nationalstaatlicher Räume und daran geknüpfter Kompetenzen ineinander diffundieren. In dieser Entwicklung verändert auch die staatliche Gewalt ihre Funktion und Relevanz und müssen neue Legitimierungsmuster

und Gewaltrationalitäten ausgebildet werden. Die Hauptthese, dass der „Exzess" keine Ausnahme von und keine Überschreitung der Regel darstellt, sondern zum konstituierenden Teil des Rechts geworden ist, wird hier zur wesentlichen theoretischen Voraussetzung, aktuelles staatliches und staatlich legitimiertes Handeln – von der Folter bis zum Krieg – in ihrer Logik zu verstehen.

Auch wenn manche in der Einleitung angedeutete Entwicklung, wie etwa das in der Sicherheitspolitik zu beobachtende Modell von Public-Private-Partnerships zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, im Band selbst letztlich keine weitere Vertiefung erfährt, so kann doch insgesamt resümiert werden, dass es der Herausgeberschaft gelungen ist, die Transformationsprozesse von Staatlichkeit und die Ausbildung neuer Rationalitäten der Gewalt facettenreich einzufangen.

Gewalt ist immer Teil von Machtstrategien, ihre konkrete Anwendung folgt darin aber spezifischen und sich auch ändernden Rationalitäten. Der Ausnahmezustand als Normalität erfordert neue theoretische und politische Perspektiven. Dazu hat dieser Sammelband hochaktuellen und historischen Problemzusammenhang erschlossen.

Nils Schuhmacher

Tobias ten Brink

Deutsche Außenpolitik und der Weg zur Interventionsmacht

Die „neue Weltordnung" nach 1989 erzeugte massive Hoffnungen auf ein Zeitalter des Friedens und Wohlstandes. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde eine rationalere Weltpolitik oder gar eine potentielle „Pazifizierung der Weltgesellschaft" (Ulrich Beck) erwartet. Das bemerkenswerte Buch von Marcus Hawel „Die normalisierte Nation" widerspricht derartigen Annahmen. Im Gegensatz zu etablierten Globalisierungsprognosen geht er nicht vom Ende globaler Rivalitäten und der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaates und seiner geostrategischen Ambitionen aus. Ebenso betont er die krisengeschüttelte Realität weltwirtschaftlicher Prozesse und weist auf die höchst selektive Wahrnehmung humanitärer Katastrophen und auf den machtpolitischen Missbrauch der an humanitären Interventionen beteiligten Staaten hin.

In diesem Zusammenhang einer fragmentierten Weltwirtschaft und eines internationalen Staatensystems wird die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands eingeordnet, deren „Normalisierung" unter Bezug auf die Debatte um die Vergangenheitsbewältigung nachgezeichnet wird. Dabei kontert er die gängige These, derzufolge Deutschland die „nationale Idee in den vergangenen fünf Jahrzehnten mit einem übernationalen Ideal verbinden konnte. Die Rolle der Zivilmacht, des Welthandelsstaates, der Entspannungsvormacht wurde in den Rahmen einer europäischen Gemeinschaftsidee gestellt" (C. Hacke in seiner Rezension des Buches, FAZ, 13.9.07). Bei Hawel wird die europäische Integration dagegen als ein „erweitertes Operationsfeld der deutschen Normalisierung" analysiert.

Im Rahmen einer begrifflichen Herleitung von „Normalität" und „Normalisierung" rekonstruiert Hawel in ideologiekritischer Perspektive die Entwicklung der deutschen Außenpolitik und überträgt diese auf das Feld der europäischen Integration. Der Autor erörtert einen kausalen Zusammenhang zwischen Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik. Die zentrale These: Die Auseinandersetzungen mit der deutschen Vergangenheit wurden von den Machteliten für politische Zwecke instrumentalisiert. Der Umgang mit dem Faschismus und dem Holocaust als Faktoren, die einer Normalisierung der deutschen Außenpolitik auch nach 1989 im Wege standen, ist *zum einen* mit dem Ergebnis eines gewachsenen Abstandes zum Vergangenen geführt worden – die Debatte besitzt mittlerweile den Charakter eines abschließenden Rituals. Die Vergangenheitsaufarbeitung blieb in der Regel abstrakt und verkümmerte zu einer ritualisierten, „verdinglichten Erinnerungspraxis". Die historischen Entstehungsgründe für den Faschismus wurden entweder ausgeblendet oder erscheinen als einzigartige und damit als zukünftig nicht mehr zu erwartende Probleme.

Zum anderen wurde auch und gerade im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung erfolgreich die These etabliert, dass sich Deutschland als „westliche" Demokratie bewährt habe. Die westlichen Werte wirkten gewissermaßen als „Normalfeld" für die deutsche Normalisierung, so Hawel. Da der „Westen" als ein Synonym für Freiheit, Demokratie, freie Marktwirtschaft und Zivilität gilt, ist die Einlösung dieser Maßgaben „für die herrschenden Eliten in Deutschland das Ticket zur endgültigen Entsorgung der belasteten deutschen Vergangenheit [geworden]. 'Westlich' zu sein, bedeutet *normal* zu sein" (S. 48). Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Grundannahmen sind dabei kaum noch wahrzunehmen.

Ein vorbildlicher, westlicher Staat zu sein, bedeutet jedoch nicht, als Garant für Frieden und Freiheit zu wirken, wie Hawel unter Bezugnahme auf Horkheimer und Adorno schreibt. Die modernen westlichen Gesellschaften können nicht als das abstrakte Gegenteil der nationalsozialistischen Barbarei aufgefasst werden. Letztere war eher deren Schattenseite. Die Barbarei ist Teil des Prozesses der „Zivilisierung" bzw. des Prozesses der weltweiten Ausbreitung und Verankerung des Kapitalismus.

Die „normalisierte" deutsche Nation hat sich vor diesem Hintergrund in den 1990er Jahren zu einer veritablen Interventionsmacht gemausert. In einem historischen Überblick, der zu den informativsten Kapiteln des Buches gehört, wird die Geschichte des neuen deutschen Militärinterventionismus geschildert. Eine im Anschluss an die deutsche Einheit noch weitgehend passive Haltung der deutschen Bundesregierung hinsichtlich militärischer Einsätze wurde sukzessive aufgeweicht. Nachdem die reine „Scheckbuchdiplomatie" im Golfkrieg 1991 dem außenpolitischen Führungspersonal versinnbildlicht hatte, dass moderne Staatsführung auf eine interventionsfähige Armee setzen muss, definierten die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 die Aufgaben der Bundeswehr neu (S. 189ff.). Ebenso beschleunigte sich der Trend in Richtung der Umstrukturierung von einer Verteidigungs- hin zu einer Interventionsarmee. Zugleich illustrierte bereits die einseitige Anerkennung der Sezession Kroatiens und Sloweniens eine offensivere außenpolitische Gangart.

Da die in Deutschland lebende Bevölkerung an die Militarisierung der

Außenpolitik gewöhnt werden musste – was auf die Bedeutung innergesellschaftlicher Faktoren bei der Bestimmung der außenpolitischen Möglichkeiten eines Staates verweist –, erfolgte der „Abgang von der Zuschauertribüne" in einem „salamitaktischen" Tempo. „Der seit April 1992 amtierende Verteidigungsminister Rühe forcierte eine Reihe von Bundeswehreinsätzen im militärischen Grauzonenbereich" (S. 222). Ob mit der Entsendung von Sanitätern und Ärzten der Bundeswehr nach Kambodscha, der Beteiligung an der Versorgungsluftbrücke des eingekesselten Sarajevo oder der Unterstützung der humanitären UN-Mission in Somalia: Mit diesen Einsätzen schuf die Bundesregierung Fakten, die ihre normative Kraft auf die Verfassungswirklichkeit ausübten und beispielsweise 1994 zur Bestätigung der Verfassungsmäßigkeit von Out-of-area-Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Rahmen von Bündnisverpflichtungen und im Einklang mit der UN führte.

Seitdem beteiligte sich der deutsche Staat direkt oder indirekt unter anderem an Militärinterventionen und Kriegen in Teilen des ehemaligen Jugoslawiens und in Afghanistan, wiewohl diese als völkerrechtwidrig gelten, wie Hawel darlegt. Argumentativ bezogen sich die Vordenker einer „normalisierten" Außenpolitik nun neben einer selektiven Indienstnahme humanitärer Absichten verstärkt auf den „internationalen Terrorismus", der angeblich eine neue Form der Selbstverteidigung notwendig machte und zur „Enttabuisierung des Militärischen" (Gerhard Schröder) nötigte.

Bereits die Konflikte auf dem Balkan Mitte der 1990er dienten der Bundesregierung als Anlass, den Versuch einer neuen Sicherheitsarchitektur auch in Europa unter deutscher Führung voranzutreiben. Wie der Autor veranschaulicht, wurde und wird im Rahmen einer doppelten Zielsetzung – der Produktion von deutscher Normalität, die sich an der traditionellen Norm der nationalstaatlichen Souveränität orientiert, und der Produktion einer neuartigen, transnationalen Souveränität – die EU als ein erweitertes Operationsfeld der deutschen Normalisierung angesehen: „Mit maßgeblicher deutscher Forcierung erwirbt sich die Europäische Union allmählich sämtliche außenpolitischen Attribute einer souveränen Föderation von Nationalstaaten. ESVP und GASP führen zu einer europäischen Interventionsarmee, die im Kräftespiel mit der NATO bzw. den USA und anderer imperialer Mächte konkurriert. Inwieweit diese Entwicklungen zu mehr Sicherheit in der 'globalisierten' Welt beitragen können, ist nicht wirklich zu erkennen. Kriege zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind zwar undenkbar geworden, aber solche zwischen dem integrierten Europa und anderen Weltmächten werden damit wahrscheinlicher, zumal für Kriege in der modernen Welt nicht nur Nationalismus, sondern vor allem die politisch-ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus einen wesentlichen Hintergrund darstellen" (S. 94f.) Seit 1989/90 hat sich der deutsche Staat also gewissermaßen mit Hilfe der Vertiefung der europäischen Integration normalisiert und ist ökonomisch *sowie* politisch-militärisch ein Riese geworden. Das Fehlen politisch-militärischer Potenz hatten Staatsmänner wie Franz-Josef Strauß in Westdeutschland immer wieder moniert.

Auch wenn darüber gestritten werden kann, ob der historische Vergleich zulässig ist, dem zufolge Deutschland nur im Gewand von Europa als Weltmacht zurückkehren kann, so wie Preußen es nur in Gestalt des Deutschen Reiches konnte, weist Hawel damit auf eine Tendenz der Militarisierung von

Staaten hin, die in der sozialwissenschaftlichen Debatte der letzten Jahre immer wieder vernachlässigt wurde.

Unter den vielen interessanten Aspekten der provokativen Hawelschen Untersuchung können zwei weitere hervorgehoben werden:

So wird eindrücklich die Abkehr von pazifistischen Standpunkten bei den noch in der Opposition befindlichen Sozialdemokraten und Grünen in den 1990ern beschrieben, die in dem massenhaften Morden im jugoslawischen Bürgerkrieg einen ersten Höhepunkt fand und schließlich 1999 – zu Regierungswürden gelangt – in der Beteiligung an der Militärintervention gegen Serbien mündete. Die aus dem Diskurs über die deutsche Vergangenheit resultierende Verpflichtung auf den Antifaschismus wurde in diesem Meinungsumschwung in ein Argument verkehrt, demzufolge ein neuer Faschismus (in diesem Fall der serbische) zur Interventionspflicht zwingt. Militärische Optionen überlagerten fortan Überlegungen zur zivilen Konfliktlösung. Zugleich wurde in dieser Debatte die „realpolitische" Vorstellung durchgesetzt, dass derjenige, der nicht bereit ist, militärische Interventionen zu führen, nie auf der Regierungsbank sitzen wird, wie der Grünen-Vordenker Ludger Vollmer 1995 argumentierte: „Falls die Partei die fundamentale Absage an militärische Gewalt ernst meint [...], wird sie für eine Regierungsbeteiligung im Bund weder einen Partner noch eine Mehrheit finden" (vgl. S. 260).

Hawel weist in seiner ausgezeichneten Analyse von Intellektuellendiskursen des weiteren auch auf die Problematik wissenschaftlicher Expertise hin. Die „offizielle Staatsideologie" erscheint in den letzten Jahren als „versöhntes Gemälde liberaler und konservativer Ansichten. Im Wesentlichen ist es gelungen, auf eine umgedeutete Vergangenheit einen nicht mehr belastenden, sondern das nationale Selbstbewusstsein affirmierenden Staatsmythos aufzubauen". Doch auch „das Schweigen seitens vieler links-liberaler Politiker, Journalisten und Wissenschaftler seit 1990 bzw. allzu häufig auch die Übernahme konservativer Geschichtsbilder [spielte] eine entscheidende Rolle für diesen Prozess" (S. 85). Dabei versucht er nachzuweisen, wie selbst kritische Intellektuelle sich (insbesondere im Rahmen der Debatte um humanitäre Interventionen) vor den Karren nationaler Normalisierung haben spannen lassen: Die Thematisierung von „postnationalen Normen" und Menschenrechten im Werk von Jürgen Habermas wird etwa vom außenpolitischen Führungspersonal und deren wissenschaftlichen Vertretern genutzt, um „(post)moderne" Sicherheitspolitik zu legitimieren. Postnationale bzw. kosmopolitische Werte oder die Vorstellung, mit der Bildung EU-Europas würde die erste „postnationale Demokratie" der Welt ermöglicht, bilden allerdings noch keine Garantie für ihre *Umsetzung* bzw. *Entstehung* in einer weiterhin einzelstaatlich und weltwirtschaftlich fragmentierten Welt – in der zudem ein starkes Demokratiedefizit vorherrscht, von dem Hawel nicht erwartet, dass es die Machteliten beseitigen. Der naiv-sorglos wirkende Globalismus vieler Intellektueller bietet insofern eine Argumentationsgrundlage für die nationalen Sicherheitsstrategen der Bundesrepublik (und ihre Übertragung auf die europäische Ebene), da sie ihnen den Anschein zukunftsweisender postnationaler Absichten und nicht den der anachronistisch-verstaubt anmutenden Sprache des „nationalen Interesses" verleihen.

Hawel arbeitet alles in allem eine umfangreiche Literatur kompetent auf und stellt somit einen sehr brauchbaren

Überblick über die außenpolitischen Diskurse seit 1990 und ihre Implikationen bereit, der zumindest einen Schritt zur Überwindung der „Machtblindheit" in den Sozialwissenschaften im Zeitalter der Globalisierung markiert. Die These, derzufolge der Normalitätsdiskurs ein Nationalismus verschleierndes Vehikel in einer Welt der erneuerten Staatenkonkurrenz darstellt, könnte freilich von der Verbindung zu neueren Erkenntnissen der International Politischen Ökonomie und einiger aktualisierter imperialismustheoretischer Ansätze profitieren, die unterhalb der Schwelle des Krieges gegenwärtige geopolitische Rivalitäten zu beschreiben versuchen. Die bei Hawel zuweilen abstrakt gehaltenen Überlegungen zu kapitalistischer Vergesellschaftung, Wertgesetz und ihre Vermittlung zur politischen Ebene bzw. zur neuen deutschen Außenpolitik bedürfen der Konkretisierung bzw. Historisierung, um die sich transformierende Relevanz zwischenstaatlicher Konkurrenz und nationaler bzw. europäischer Sicherheitsstrategien in einer instabilen Weltwirtschaft genauer zu fassen.

Hawel schließt mit den Worten, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die immer wieder in Katastrophen münden, überwunden werden müssen. Er verlangt dafür nicht weniger als eine radikale Abkehr von kapitalistischen Imperativen, um eine demokratische Kontrolle über die Außenpolitik erstreiten und die falsche Normalisierung wieder rückgängig machen zu können. In letzter Konsequenz muss daher „nicht nur ein *anderes* Deutschland, sondern auch eine *andere* Welt: eine Welt *ohne* Nationalstaaten, das heißt auch ohne Deutschland" entstehen (S. 412). Die Aufarbeitung der katastrophischen Vergangenheit von ihrer Instrumentalisierung zu befreien und lebendig zu halten, kann möglicherweise als einer der ersten Schritte in die Richtung der Erreichung dieser Ziele gelten, die soziale Bewegungen und kritische Intellektuelle gemeinsam zu gehen haben.

Marcus Hawel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland. Hannover: Offizin 2007 (448 S., 24,80 €)

Bernd Greiner: Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam. Hamburger Edition, Hamburg, 2007 (595 S., 35.– €)

Um es gleich vorwegzunehmen: Das in Hamburg erschienene Buch ist die bislang sorgfältigste und materialreichste Darstellung und Analyse des amerikanischen Krieges gegen Vietnam in den Jahren 1965-1975, die bis heute zu diesem Thema in deutscher Sprache vorgelegt wurde. Der Autor Bernd Greiner ist Historiker, Politikwissenschaftler und Amerikanist, er leitet den Arbeitsbereich „Theorie und Geschichte der Gewalt" am Hamburger Institut für Sozialforschung. Greiner hat sein Buch auf der Grundlage der in den Vereinigten Staaten seit 1994 zugänglichen Quellen der „Vietnam War Crimes Working Group" und der „Peers-Kommission" erarbeitet. Auch wenn der Autor sich nicht etwa auf die flächendeckenden Bombardements der B52 und den massiven Einsatz chemischer Waffen wie dem Entlaubungsmittel „Agent Orange" und Napalm-Bomben und deren fürchterliche Folgen für die

vietnamesische Bevölkerung konzentriert, so stehen doch die von amerikanischen Bodentruppen ausgeführten Militäraktionen mit ihren Grausamkeiten und Kriegsverbrechen im Zentrum der grossangelegten Studie.

In einem ersten Teil „Kriegsherren, Generäle, Offiziere, Krieger" werden die militärisch Handelnden im Alltag des Vietnam-Krieges eruiert und beschrieben; in einem zweiten Teil geht es um Fallstudien zu besonders brutalen Aktionen von Militäreinheiten: „1967 - Todesschwadronen in den nördlichen Provinzen", „16. März 1968 - Die Massaker von 'My Lai' und 'My Khe'" sowie „1968 -1971 Abnutzungskrieg in den südlichen Provinzen". Schließlich wird in einem dritten Teil „Richter, Kriegsrecht und militärische Rechtskultur, Ermittlungen und Prozesse" die juristische Verfolgung amerikanischer Gewalttaten erforscht und bewertet - eine deprimierende Bilanz.

Über den Tötungsbefehl zum systematischen Morden an der Zivilbevölkerung berichtet einer der beteiligten GI: „Sie sagten: (...) Wenn wir die Mütter töten, die Frauen, werden sie keine Vietcong mehr produzieren. Und wenn wir die Kinder töten, werden sie nicht zu Vietcong heranwachsen. Und wenn wir alle töten, wird es am Ende keine Vietcong mehr geben". (S. 330). Es gab auch vereinzelt amerikanischen Soldaten, die sich dieser Tötungsmaschinerie widersetzten. Über eine Szene während des Massakers von My Lai ist beispielsweise zu lesen. „Wenn sie umgebracht werden, will ich damit nichts zu tun haben", brüllte Dennis Conti während der Exekution im Reisfeld und zeigte auf William Calley: 'Lasst es doch ihn machen' Am Bewässerungsraben war folgender Streit zwischen Calley und einem Gefreiten zu hören: 'Maples, lad dein Maschinengewehr und erschieß diese Leute.' – 'Ich werde diese Leute nicht töten. Du kannst mir nicht befehlen, das zu tun". – 'Ich werde Dich vor ein Kriegsgericht stellen.' Calley legte mit seiner M-16 auf Maples an, gab aber klein bei, als andere Soldaten sich schützend vor ihren Kameraden stellten. Auch James Dursi verweigerte Calleys Befehl. Und von Herbert Carter, einem der zur Bewachung abgestellten Soldaten, wird berichtet, dass er die Erschießungen nicht länger mit ansehen wollte und seine Evakuierung erzwang, indem er sich selbst in den Fuß schoss." (S.340 f.)

Und gerade weil Calley, wie Greiner zeigt, kein Einzelfall war, ist das Dokumentieren der völlig enthemmten Tötungsaktionen unter dem Zwang des Befehlgehorsams nicht nur von historischer Bedeutung: "Obwohl als schwacher Truppenführer bekannt, konnte William Calley seinen Willen durchsetzen. Ob unentwegtes Herumschreien und Drohungen gegen Abweichler hilfreich waren, muss bezweifelt werden. Und sein großmäuliges 'Ich bin hier der Boss' dürfte auch kaum jemanden beeindruckt haben. Er behauptete sich auf andere Weise: Für die Willigen unter seinen Leuten war Calley ein Komplize. Eine Frau hatte er aus nächster Nähe mit seiner Pistole hingerichtet, vor aller Augen misshandelte und tötete er einen buddhistischen Geistlichen: 'Der Hurensohn – bum. Er hatte mich frustriert'. Und die Verunsicherten in seiner Einheit wussten ihm nichts entgegenzuhalten – wie Paul Meadlo." (S. 341.).

Das Massaker von My Lai, ein nordvietnamesisches Dorf mit über 400 Einwohnern, wurde am 16. März 1968 von einer amerikanischen Militäreinheit unter dem Kommando des Leutnants William Calley überfallen und alle Einwohner Männer Frauen und Kinder brutal niedergemetzelt. Dieses Kriegsverbrechen haben diejenigen

Zeitgenossen, die es damals medial live miterlebt haben – riesige Farbbilder in Illustrierten und auf Fernsehschirmen brachten die Greueltaten in jedes amerikanische und europäische Wohnzimmer – in wacher Erinnerung. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die gegenwärtige amerikanische Administration mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern versucht, dass Bilder und Berichte vom amerikanischen Militäraktionen im Irak in die amerikanische oder europäische Öffentlichkeit gelangen. Denn die Schockwirkung dieser Medienbilder war es, die 1968 der Anti-Vietnamkriegsbewegung einen entscheidenden Auftrieb gab. Dieses Kriegsverbrechen wurde von den amerikanischen und westdeutschen Politikern sowohl der SPD wie der CDU/CSU, die in ihrer antikommunistischen Einstellung den Vietnam-Krieg zur Verteidigung der westlichen Freiheit stets pathetisch unterstützten, als bedauerlicher Einzelfall abgetan. Jetzt erfahren wir von Greiner, dass außer My Lai weitere 246(!) Massaker in den amerikanischen Akten dokumentiert sind.

Die juristische Verfolgung der amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam ist ein ähnlich erschütternd. William Calley, der für das Massaker von My Lai Hauptverantwortliche wurde zunächst wegen der von ihm befohlenen und der von ihm selbst durchgeführten Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt. Der amerikanische Präsident Nixon ordnete an, dass das Urteil nicht ausgeführt wurde und Calley stattdessen erst einmal Hausarrest b erhielt. Nach 44 Monaten Hausarrest wurde Calley ohne weitere Bestrafung entlassen.

„Vom My Lai-Massaker abgesehen, befasste sich die Criminal Investigation Division (CID) der Armee bis Ende 1972 mit 244 gravierenden Verstößen gegen das Kriegsrecht. Bis Oktober 1971 waren die Untersuchungen in 172 Fällen und gegen 216 Beschuldigte abgeschlossen. Auf Grundlage ihrer Ermittlungen empfahl die CID, gegen 152 Soldaten und Offiziere ein Strafverfahren einzuleiten. 84 mussten sich tatsächlich vor einem Militärtribunal verantworten. 30 von ihnen wurden erstinstanzlich verurteilt, 30 weiter freigesprochen, und 24 gingen als Kronzeugen oder aus anderen nicht spezifizierten Gründen straffrei aus. Dass auch 48 Marines wegen Mordes oder Totschlags an Vietnamesen verurteilt wurden, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Aussagekräftig ist diese Information nicht. Denn die Statistik des 'Naval Investigative Service' (NIS) gibt keine Auskunft darüber, wieviele Vorwürfe gegen Marines vorgelegen hatten und ob die Täter bei Einsätzen oder in ihrer Freizeit straffällig geworden waren.

Obwohl im Vergleich zu den Mariners wesentlich detaillierter, sind auch diese Daten über Armeeangehörige nur als grobe Anhaltspunkte zu verstehen. Sie beziehen sich ausschließlich auf Fälle, die seit Herbst 1969 von GIs angezeigt worden waren und hauptsächlich auf die Zeit zwischen dem Sommer 1967 und dem Herbst 1969 zu datieren sind. Wieviele weitere Verfahren anhängig waren, ist unklar und im nachhinein kaum zu ermitteln. Denn weder führte die Armee über Ermittlungsverfahren und Strafprozesse kontinuierlich Buch, noch gab es beim Judge Avocate General – der obersten Justizabteilung aller Waffengattungen – oder andernorts im Pentagon ein einschlägiges, die gesamte Kriegszeit erfassendes Zentralregister. Infolgedessen sind die meisten Protokolle über Militärtribunale, so sie denn aufbewahrt wurden, schwer lokalisierbar." (S. 439 f.)

Das Kapitel über die mangelnde juristische Aufarbeitung ist ebenso

sorgfältig aufgearbeitet. Was einen Zeitgenossen aus der 68er Generation, der vielfältige politische Aktionen, unzählige Teach-ins und Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, organisiert hat, interessiert, nämlich warum der Vietnam-Krieg solange angedauert hat, erfährt, dass Militärs und Politiker, aus Unfähigkeit oder weil sie Gefangene ihrer eigenen Überheblichkeit waren, die Niederlage nicht eingestehen wollten und deshalb einen Krieg fortsetzten, den sie wider besseres Wissen immer noch „gewinnen" wollten.

Vieles spricht allerdings dafür, dass die Beendigung des Krieges ohne die machtvolle amerikanische und westeuropäische Protestbewegung nicht zu erklären ist. So merkt Greiner zwar kritisch an, dass „die Protokolle des 1967 in Stockholm durchgeführten 'Russel-Tribunals' und mit ihnen die Belege für eine das internationale Kriegsrecht regelmäßig verletzende Kriegsführung" (S. 12) von den in den USA für Kriegsverbrechen zuständigen Institutionen ignoriert wurden, er geht aber nicht auf die politische Wirkung des anhaltenden weltweiten Protestes auf die amerikanische Öffentlichkeit ein. Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der während des Vietnam-Krieges Außenminister des damaligen US-Präsidenten Richard Nixon war, beklagte anlässlich eines Besuchs in Berlin zum Vietnam-Krieg stets, die USA hätten den Krieg gewinnen können, wenn die politische Führung unter Präsident Nixon nicht vor der öffentlichen Meinung und der weltweiten Antikriegsbewegung in die Knie gegangen wäre. Robert McNamara hingegen, selbst US-Verteidigungsminister unter den Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, bezeichnete in seinem 1995 erschienenen Buch „Vietnam. Das Trauma einer Weltmacht" den Vietnam-Krieg als „großen, schrecklichen Irrtum".

Erwähnt werden muss hier allen voran die Springer-Presse, die den Vietnam-Krieg bis zu seinem Ende als Kampf gegen den Kommunismus verteidigte und die Kritiker als „Sympathisanten des menschenverachtenden Kommunismus" diffamierte. Die Sprachregelung hiess nicht „der amerikanische Aggressionskrieg gegen Vietnam", sondern stets „das amerikanische Engagement in Vietnam". Erinnert sei an folgenden Vorfall: Der Rektor der Freien Universität Berlin.(FU), Hans-Joachim Lieber, verbot eine Ausstellung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) an der FU mit der Begründung, die in der Ausstellung dokumentierte Kritik am Krieg in Vietnam sei der Schutzmacht Berlins nicht zuzumuten, da sie ja schließlich die Freiheit Berlins garantiere. Und es darf schliesslich nicht die verhängnisvolle Bemerkung von Willy Brandt unterschlagen werden: „Berlins Freiheit wird in Vietnam verteidigt".

Beim Thema „Vietnam-Krieg", auch das wird nach der Lektüre der beeindruckenden Studie von Greiner klar, bleibt nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch in Deutschland noch einiges aufzuarbeiten.

Jürgen Treulieb